



## Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 02.02.2024

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 5. Februar 2024**

Fokusthema: **Finanzen**

*Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Behandlung eines Vorstosses, der als Entgegennahme traktandiert ist, über eine Änderung des Kantonalkbankengesetzes entscheiden. Anschliessend stehen fünf Postulate zu Finanzthemen und drei Einzelinitiativen auf der Traktandenliste. Sollte der Rat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er sich zudem mit parlamentarischen Initiativen auseinandersetzen.*

#### **Regierungsrat will Vorstoss zum Ausbau der Mountainbike-Infrastruktur entgegennehmen**

Rasch behandeln wird der Kantonsrat am Montagmorgen eine Motion, die der Regierungsrat als Postulat entgegennehmen möchte. Der Rat muss darüber befinden, ob er den Vorstoss diskussionslos der Regierung überweisen will. Lehnt auch nur ein Mitglied des Rates dies ab oder ist der Motionär mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat nicht einverstanden, verbleibt der Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. Mit dem Vorstoss fordert SP-Kantonsrat Andrew Katumba mit Unterstützung von GLP, Grünen, Mitte, EVP und AL den Regierungsrat auf, dem Kantonsrat eine planungsrechtliche Grundlage für eine Mountainbike-Infrastruktur auf Kantonsgebiet zu unterbreiten ([KR-Nr. 338/2023](#)).

Andrew Katumba (SP, Zürich) 079 336 28 82

#### **Anteil der Gemeinden bei der ZKB-Gewinnausschüttung soll erhalten werden**

Die Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank (ZKB) soll auch künftig zu einem Drittel den Gemeinden zukommen. Die Geschäftsleitung (GL) des Kantonsrates beantragt dem Rat einstimmig die Zustimmung zu einer Änderung des Kantonalkbankgesetzes, die das sicherstellen soll ([KR-Nr. 249/2023](#)). Anlass für die Gesetzesrevision ist die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent für grosse, international tätige Unternehmensgruppen. Die Einführung einer entsprechenden Ergänzungssteuer in der Schweiz, die der Bundesrat per Anfang 2024 beschlossen hat, würde dazu führen, dass der Anteil für die Gemeinden an der Gewinnausschüttung schrumpft. Die neue Ergänzungssteuer geht nämlich bei der gewinnsteuerbefreiten ZKB vollumfänglich an den Kanton. Gleichzeitig reduziert sie die Summe, die dann noch für die Ausschüttung an Kanton und Gemeinden zur Verfügung steht. Bei einem ZKB-Jahresgewinn vor Steuern von einer Milliarde Franken würden die Gemeinden dadurch, verglichen mit der bisherigen Praxis, 50 Millionen Franken verlieren. Die Gesetzesänderung ermöglicht, dass die Ergänzungssteuer bei der Ausschüttung vom Kantonsanteil abgezogen wird und damit gleich viel für die Gemeinden übrigbleibt. In der Vernehmlassung haben der Verband der Gemeindepräsidenten und die teilnehmenden Gemeinden die Revision gutgeheissen.

Referent der GL: Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

### **Postulate zu Finanzthemen**

Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) soll die Dienstleistung, Bargeld an den Schaltern zu beziehen oder einzuzahlen, in keiner Filiale abbauen dürfen. Dies fordert SVP-Kantonsrat Christoph Marty ([KR-Nr. 472/2022](#)). Die Geschäftsleitung (GL) des Kantonsrates hat sich von der ZKB über ihre Bargeldstrategie informieren lassen und beantragt dem Rat, das Postulat abzulehnen, weil Bargeldbezüge und -einzahlungen – wenn auch nicht immer an Schaltern – weiterhin an jedem ZKB-Standort möglich bleiben. FDP-Kantonsrat André Müller fordert mit Unterstützung von SVP und Mitte eine Änderung in der Rechnungslegung, die die Risikolage des Kantons klar vermittelt ([KR-Nr. 113/2023](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Weil die AL den Vorstoss ablehnen will, entscheidet der Rat erst nach einer Diskussion im Rat über die Überweisung. Dasselbe gilt für eine in ein Postulat umgewandelte Motion von SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann, der, unterstützt von FDP und Mitte, die Einführung einer kantonalen Schuldenbremse verlangt, damit Investitionen mittelfristig möglichst aus eigenen Mitteln finanziert werden können ([KR-Nr. 114/2023](#)). Hier hat die SP eine Diskussion verlangt. FDP-Kantonsrat Mario Senn möchte den Regierungsrat beauftragen, aufzuzeigen, wie Unternehmen, die ihre Angestellten bei der ausserfamiliären Kinderbetreuung in irgendeiner Form finanziell oder anderweitig unterstützen, steuerlich entlastet werden könnten und welche finanziellen Konsequenzen eine solche Entlastung haben würde ([KR-Nr. 178/2023](#)). Der Regierungsrat beantragt das Postulat genauso zur Ablehnung wie jenes von FDP-Kantonsrat Christian Müller. Dieser möchte mit Unterstützung von SVP und GLP, dass Unternehmen, die künftig der Mindestbesteuerungsverordnung unterstehen, eine «anerkannte auszahlbare Steuergutschrift» gutgeschrieben wird ([KR-Nr. 272/2023](#)).

Christoph Marty (SVP, Zürich), 079 352 66 33

André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Mario Senn (FDP, Adliswil), 079 796 12 04

Christian Müller (FDP, Steinmaur), 079 335 16 10

### **Einzelinitiativen zu Sterbehilfe, gemeinnützigem Wohnungsbau und religiösen Organisationen**

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer EI will eine Person aus Zürich die Kantonsspitäler verpflichten, Sterbewilligen auf Verlangen und nach sorgfältiger Prüfung einen schmerzfreien oder schmerzarmen Tod zu ermöglichen ([KR-Nr. 12/2024](#)). Eine Person aus Forch will den Gemeinden ermöglichen, in ihren Bau- und Zonenordnungen (BZO) vorteilhafte Bauvorschriften für gemeinnützige Bauträger festzulegen ([KR-Nr. 13/2024](#)). Und eine Person aus Uster will mit einer Änderung des Kirchengesetzes, die Kostenbeiträge an religiöse Organisationen bis in zehn Jahren schrittweise auf null reduzieren ([KR-Nr. 11/2024](#)).

### **Parlamentarische Initiativen zu Windenergie und Gewinnsteuern**

Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er auch einige parlamentarische Initiativen behandeln. Dabei geht es vorerst ebenfalls darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie aber nicht dem Regierungsrat, sondern direkt einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. SVP-Kantonsrat Tobias

Weidmann fordert die Einführung eines Mindestabstands von einem Kilometer zwischen industriellen Windenergieanlagen und bestehenden Wohngebäuden ([KR-Nr. 269/2023](#)). Und FDP-Kantonsrat Christian Müller möchte, unterstützt von SVP und GLP, dass bei juristischen Personen die Gewinnsteuer künftig an die Kapitalsteuer angerechnet wird ([KR-Nr. 270/2023](#)).

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Christian Müller (FDP, Steinmaur), 079 335 16 10

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12